

Turkmenistan und die OSZE¹

Gemeinsam mit den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion in Zentralasien erkannte Turkmenistan 1992, im ersten Jahr seiner Unabhängigkeit, die Schlussakte von Helsinki und andere KSZE-Verpflichtungen an. Wie andere Nachfolgestaaten auch betrachtete Turkmenistan den Beitritt zur KSZE als Mittel zur Bestätigung seines Status als unabhängiger Staat. Die Mitgliedschaft in dieser Staatengemeinschaft bedeutete für Turkmenistan vielleicht aber auch die Bekräftigung seiner Bindungen an den am besten entwickelten und organisierten Teil der Welt, nämlich Europa und Nordamerika.

Wie andere Nachfolgestaaten auch hat Turkmenistan die innenpolitischen Auswirkungen der durch den Beitritt zur KSZE eingegangenen Verpflichtungen vielleicht nicht in vollem Umfang erfasst. Seine politische Führung versichert, dass das Land ein demokratischer Rechtsstaat werde, allerdings auf seine Art und in seinem eigenen zeitlichen Rahmen. Durch solche Äußerungen und die häufigen Appelle, die Außenwelt möge die besondere Situation, in der sich Turkmenistan befinde, anerkennen und Verständnis dafür aufbringen, geriet das Land in Widerspruch zu seinen OSZE-Verpflichtungen.

Die Beziehungen zwischen Turkmenistan und der OSZE werden zusätzlich dadurch kompliziert, dass das Land darauf besteht, anders als andere neue unabhängige Staaten behandelt zu werden, die aus dem Zerfall der Sowjetunion hervorgegangen sind. Turkmenistan solle so lange nicht zur Einhaltung seiner OSZE- und anderen internationalen Verpflichtungen angehalten werden, bis die geeigneten Voraussetzungen dafür geschaffen werden können. Seit der Erlangung seiner Unabhängigkeit schließt sich Turkmenistan nur ungerne multilateralen Vereinbarungen an - ein Verhalten, das durch sein Festhalten an der Doktrin der "aktiven Neutralität", die so ausgelegt wird, dass sie die Beteiligung an regionalen Gruppierungen oder die Übernahme regionaler Verpflichtungen ausschließt, nur noch verstärkt wurde. Gerade die Förderung regionaler Lösungen für regionale Probleme aber ist eines der grundlegenden Prinzipien der OSZE.

Die OSZE in Turkmenistan

Als Reaktion auf die Empfehlungen, die der Bericht des ersten Generalsekretärs der OSZE, Wilhelm Höynck, über seine Reise nach Zentralasien im Jahre 1994 enthielt, wurde am 1. Juli 1995 ein OSZE-Verbindungsbüro in der usbekischen Hauptstadt Taschkent eröffnet, das zunächst mit einem Mandat

¹ Der Beitrag gibt die persönlichen Auffassungen der Autorin wieder.

für ein Jahr ausgestattet war. Das Büro hatte die Aufgabe, Kontakte zwischen den Institutionen der OSZE und allen OSZE-Teilnehmerstaaten in Zentralasien zu erleichtern und den Informationsaustausch zwischen ihnen zu fördern. Da es in Tadschikistan bereits eine relativ große OSZE-Mission gab, konzentrierte sich das Verbindungsbüro in der Praxis allerdings eher auf die vier turksprachigen Länder Zentralasiens, obwohl allein diese Aufgabe mit nur einem internationalen Mitarbeiter nicht eben leicht zu bewältigen war. Gemäß seinem Mandat sollte das Verbindungsbüro auch Kontakte zu Universitäten, Forschungseinrichtungen und NGOs in Zentralasien unterhalten, bei der Organisation von OSZE-Veranstaltungen in der Region mithelfen sowie - und das war das Wichtigste - das Verständnis der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen sowie deren Umsetzung seitens der zentralasiatischen Teilnehmerstaaten fördern. Das Verbindungsbüro hat sich von Beginn an darum bemüht, gute Beziehungen zum turkmenischen Staatsoberhaupt, Präsident Saparmurat Nijassow, und zu denjenigen Ministerien, die mit den Verantwortungsbereichen der OSZE zu tun haben, insbesondere den Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten, Justiz und Soziales, herzustellen und aufrechtzuerhalten. Da die Mitarbeiter des Verbindungsbüros jedoch nur relativ selten nach Turkmenistan reisten, konnten nur wenige konkrete Projekte realisiert werden. Immerhin wurde im Februar 1998 vom Wiener Sekretariat in direktem Kontakt mit turkmenischen Stellen ein Seminar über regionale Sicherheit organisiert.

Turkmenistan stand grundsätzlich auf der Tagesordnung hochrangiger Besucher aus den Reihen der OSZE, obwohl es ihnen nicht immer möglich war, mit dem Staatsoberhaupt zusammenzutreffen. Parlamentarier aus Turkmenistan haben zumindest an einigen Veranstaltungen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE teilgenommen, wenn auch nicht immer an deren Jahrestagungen.

Im Jahre 1996 schlug die damalige Direktorin des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR), Botschafterin Audrey Glover, dem Direktor des gerade neu gegründeten *National Institute for Democratization and Human Rights* in Turkmenistan Aschgabad als Veranstaltungsort für ein Seminar zum Thema internationale Menschenrechtsnormen vor. Die Direktorin des BDIMR wollte das neue Institut, das unter direkter Aufsicht des Präsidenten stand, dazu ermutigen die Funktion eines Ombudsmann-Büros zu übernehmen. Der Direktor des Instituts, Wladimir Kadyrow (seit 2000 Botschafter Turkmenistans bei der OSZE), sagte später, er habe geradezu enthusiastisch auf Botschafterin Glovers Vorschlag reagiert; aus Gründen der Logistik entschied sich das BDIMR dann jedoch für Taschkent als Austragungsort.

Wann immer Mitarbeiter des Verbindungsbüros nach Aschgabad reisten, erkundigten sich Angehörige des turkmenischen Außenministeriums voller Hoffnung, ob es nicht möglich sei, in Turkmenistan eine ständige OSZE-Vertretung einzurichten. Teil dieser Reisen war in der Regel jeweils auch ein

Treffen mit Präsident Nijassow, der bei dieser Gelegenheit stets erklärte, wie sehr Turkmenistan die OSZE und seinen eigenen Status als Teilnehmerstaat schätze. Zwar waren die turkmenischen Regierungsvertreter und offiziellen Stellen darauf bedacht, sich nicht - wie Vertreter einiger anderer zentralasiatischen Staaten - darüber zu beklagen, dass das Verbindungsbüro seinen Sitz in Usbekistan hatte; mit Fug und Recht konnten sie jedoch auf die nur seltenen Besuche von Mitarbeitern der regionalen Vertretung verweisen und argumentieren, Turkmenistan verdiene größere Aufmerksamkeit von Seiten der OSZE.

Auf die Appelle der Vertreter derjenigen zentralasiatischen Staaten, in denen es keine ständige OSZE-Präsenz gab (Turkmenistan, Kasachstan und Kirgistan), aber auch auf die Empfehlungen des OSZE-Sekretariats reagierte der Ständige Rat im Juli 1998 mit der Verabschiedung eines Beschlusses zur Eröffnung ständiger Vertretungen bzw. OSZE-"Zentren" in den drei Ländern. Aufgrund logistischer und personeller Probleme, die es zunächst zu lösen galt, nahmen diese drei neuen Zentren ihre Arbeit jedoch erst im Januar 1999 auf. Jedes von ihnen hatte vier internationale Mitarbeiter. Ihre Mandate basieren auf demjenigen des Verbindungsbüros für Zentralasien. Das Mandat des OSZE-Zentrums in Aschgabad umfasst die Aufgabe, die Umsetzung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen sowie die Mitarbeit Turkmenistans im Rahmen der OSZE in allen OSZE-Dimensionen zu fördern. Das Zentrum hat ebenso den Auftrag, die Entwicklungen im Lande zu beobachten und dem OSZE-Vorsitz und anderen Institutionen der OSZE darüber zu berichten. Besondere Betonung liegt dabei auf der Identifizierung potentiell konfliktträchtiger Situationen. Die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen und Institutionen ist wichtiger Bestandteil der Arbeit des Zentrums, ebenso die Aufrechterhaltung von Kontakten mit turkmenischen Behörden, nichtstaatlichen Organisationen und höheren Bildungseinrichtungen. Ein weiterer bedeutender Aspekt der Arbeit des Zentrums ist die Organisation von Reisen hochrangiger OSZE-Vertreter nach Turkmenistan. Die Praxis hat gezeigt, dass solche Besuche dem besseren Verständnis der Funktion der OSZE sehr förderlich sind.

Aus der Anwesenheit des OSZE-Zentrums in Aschgabad haben beide Seiten viel gelernt. Anfangs scheinen die turkmenischen Stellen erwartet zu haben, dass die Arbeit des Zentrums in erster Linie darin besteht, der OSZE die Standpunkte der turkmenischen Führung zu übermitteln. Daher kamen seine Aktivitäten, insbesondere die Beschäftigung mit individuellen Menschenrechtsangelegenheiten, für die gastgebende Regierung ein wenig unerwartet. Nicht alle turkmenischen Offiziellen begrüßten das aktive Engagement des Zentrums in Fragen der Gewissensfreiheit, des Rechts auf freie Meinungsäußerung und der Vereinigungsfreiheit (insbesondere hinsichtlich der Entwicklung einer Zivilgesellschaft). Da es in den staatlich kontrollierten Medien keinerlei Berichterstattung über die OSZE und ihre Aktivitäten in Turkmenistan gab, hielt das Zentrum es für erforderlich, sowohl bei Regierungs-

vertretern als auch bei einfachen Bürgern nach besten Kräften Werbung für die OSZE zu machen. In den kaum mehr als zwei Jahren seiner Existenz hat das Zentrum Informationsmaterial über die OSZE in turkmenischer Sprache sowie zum Thema Zivilgesellschaft in Russisch und Turkmenisch veröffentlicht und verbreitet. Die internationalen Mitarbeiter des Zentrums haben die OSZE vor verschiedenen Zuhörerkreisen und Einzelpersonen vorgestellt und erläutert. Die Einbeziehung von Vertretern offizieller Stellen von außerhalb der Hauptstadt in die Veranstaltungen der OSZE in Aschgabad sowie die Erhöhung der Zahl von Veranstaltungen, die außerhalb Aschgabads stattfinden, tragen dazu bei, das Wissen über die Organisation und ihre Rolle und Funktion landesweit zu verbreiten.

Der fünfte Jahrestag der Anerkennung von Turkmenistans Neutralität durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 2000 bot die Gelegenheit, die OSZE einem größeren Publikum, bestehend aus offiziellen Vertretern Turkmeniens und turkmenischen Wissenschaftlern, vorzustellen. In der Folge wurden Seminare für Regierungsbeamte, Journalisten und Studenten über die sicherheitspolitische Dimension der Organisation, ihre Geschichte und die Rolle der OSZE insgesamt durchgeführt. Diese Veranstaltungen sind erst der Auftakt zu einer notwendigerweise intensiven Bildungsarbeit.

Die OSZE und Turkmenistans Neutralität

Im Verlaufe des im Februar 1998 in Aschgabad veranstalteten Seminars über regionale Sicherheit nutzten Vertreter der meisten zentralasiatischen Staaten die Gelegenheit, ihren jeweils spezifischen Sicherheitsanliegen Ausdruck zu verleihen. Im Mittelpunkt standen dabei in erster Linie Bedrohungen der regionalen Stabilität, die sich aus dem anhaltenden Konflikt in Afghanistan ergeben. Ausdrücklich genannt wurden in diesem Zusammenhang der zunehmende illegale Drogen- und Waffenhandel sowie die Ausbreitung von islamischem Extremismus. Die Vertreter Turkmenistans neigten allerdings dazu diese Probleme herunterzuspielen und verwiesen auf die offizielle Anerkennung der Neutralität ihres Landes durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 1995 als wichtigste internationale Garantie für Turkmenistans Sicherheit.

Turkmenistans entschiedene Verpflichtung zur so genannten "aktiven Neutralität" hat die Bemühungen der OSZE, das Land zu einer aktiveren Rolle in der sicherheitspolitischen Dimension der OSZE zu bewegen, bislang größtenteils vereitelt. So lehnte Turkmenistan es beispielsweise ab, Vertreter zu einer Konferenz über den Einsatz vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen in Zentralasien zu entsenden, die im Februar 2000 in Wien stattfand. Offensichtlich befürchtete die turkmenische Administration, dass eine Betei-

ligung an Veranstaltungen zu derartigen Themen den neutralen Status des Landes gefährden könnte.

Die OSZE ist nicht die einzige Organisation, die Schwierigkeiten bei der Einbeziehung Turkmenistans in die regionale Sicherheit hat. Obwohl Turkmenistan der erste zentralasiatische Staat war, der sich dem NATO-Programm der "Partnerschaft für den Frieden" anschloss, teilte Präsident Nijassow NATO-Generalsekretär George Robertson anlässlich seines Aufenthalts in Aschgabad im Januar 2001 mit, dass Turkmenistan als neutraler Staat keine aktivere Rolle im Rahmen des Programms übernehmen könne, sich allerdings auch nicht zurückziehen wolle.

Turkmenistan und die wirtschaftliche und ökologische Dimension

Der Tätigkeitsbereich der OSZE, in dem die turkmenischen Behörden sich am ehesten bereit gezeigt haben mit der Organisation zusammenzuarbeiten, ist die wirtschaftliche und ökologische Dimension. Das passt durchaus zu den häufig wiederholten Erklärungen Präsident Nijassows und anderer aus der Führungsspitze, wirtschaftlicher Wohlstand sei eine der Voraussetzungen für Demokratisierung. Umweltfragen wiederum wurden als unpolitisches und daher nicht besonders heikles Thema wahrgenommen. Dem Zentrum in Aschgabad gelang es daher, die Zustimmung der Regierung zur Durchführung von Veranstaltungen, in deren Mittelpunkt Umweltprobleme und die Arbeit mit NGOs aus dem Umweltbereich standen, zu gewinnen.

Turkmenistan hat die von den Vereinten Nationen geförderte Konvention über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (gemeinhin bekannt unter dem Namen "Århus-Konvention") sowohl unterzeichnet als auch ratifiziert. Insbesondere das Ministerium für Naturschutz hat eine ganze Serie von Runden Tischen zur Frage der Implementierung der Konvention in Turkmenistan unterstützt. Diese Serie wiederum ging aus einer Regionalkonferenz über die Konvention hervor, die unter der Schirmherrschaft der VN stattfand und vom OSZE-Zentrum im Mai 2000 organisiert worden war. Ein erster Runder Tisch, der mit Umweltfragen befasste Regierungsvertreter, Angehörige von im Umweltbereich aktiven NGOs sowie internationale Fachleute zusammenbrachte, fand im Dezember 2000 in Aschgabad statt. Ihm folgte eine ähnliche Veranstaltung in der Stadt Daschogus im Norden Turkmenistans. Die Vorbereitungen für Runde Tische in den anderen regionalen Verwaltungszentren und der Hafenstadt Turkmenbaschi am Kaspischen Meer laufen bereits. Die Serie soll mit einer Abschlussveranstaltung in Aschgabad beendet werden, auf der die spezifischen Empfehlungen der jeweiligen regionalen Runden Tische zur Umsetzung der Århus-Konvention gesammelt, ausgewertet und den turkmenischen Behörden als Grundlage

für weitere gesetzgeberische und administrative Maßnahmen angeboten werden sollen.

Eine OSZE-Delegation, die im Frühjahr 2000 Zentralasien bereiste, um die regionale Wasserbewirtschaftung zu beurteilen und zu versuchen, die zentralasiatischen Regierungen zur Teilnahme an einer von Großbritannien organisierten Konferenz über Wasserbewirtschaftung in der Region zu bewegen, war deutlich weniger erfolgreich. Die turkmenische Führung gab den Besuchern in höflicher Form zu verstehen, die Zentralasiaten seien durchaus in der Lage, die Probleme regionaler Wasserbewirtschaftung ohne fremde Hilfe zu lösen. Es wurde jedoch vorgeschlagen, die OSZE könne auf bilateraler Ebene mit Turkmenistan in der Frage der Wasserbewirtschaftung zusammenarbeiten. Diese Art der Beziehungen bevorzugt Turkmenistan in allen seinen internationalen Kontakten.

Turkmenistan und die menschliche Dimension

Der sensibelste Tätigkeitsbereich der OSZE ist für alle zentralasiatischen Staaten die menschliche Dimension. Turkmenistan macht da keine Ausnahme. Turkmenische Offizielle äußern sich dahingehend, dass ihr Land die Notwendigkeit der Demokratisierung und Liberalisierung des Wirtschaftssektors akzeptiere; das müsse aber in einem Tempo geschehen, das die derzeitige politische und soziale Stabilität nicht untergrabe. Ihrer Ansicht nach versucht die OSZE den Gang der Veränderungen zu beschleunigen, indem sie darauf besteht, dass es auch bei der Umsetzung der Verpflichtungen in der menschlichen Dimension, die alle Teilnehmerstaaten eingegangen sind, gewisse Fortschritte geben müsse. Gleichzeitig zeigen sich einige europäische und nordamerikanische Teilnehmerstaaten ungeduldig angesichts des Widerwillens Turkmenistans, größere Anstrengungen in Richtung einer Beteiligung der Bevölkerung am Entscheidungsprozess, Transparenz der Entscheidungsprozesse und anderer grundlegender Elemente der Demokratisierung zu unternehmen.

1998 legte das BDIMR *Memoranda of Understanding* mit den Regierungen derjenigen zentralasiatischen Staaten, in denen neue OSZE-Vertretungen eröffnet werden sollten, sowie derjenigen Tadschikistans zur Unterzeichnung vor. Die MoU, in denen auch mehrere Projekte enthalten waren, die im Bereich der menschlichen Dimension durchgeführt werden sollten, basierten auf den guten Erfahrungen mit dem ersten derartigen Abkommen, das 1997 mit Usbekistan abgeschlossen worden war.

Zu den ersten vom BDIMR für Turkmenistan vorgesehenen Projekten gehörten Schulungen in Menschenrechtsfragen für Grenzbeamte und Beamte mit Polizeibefugnissen, juristische Seminare zu Fragen der Gleichberechtigung, die Schulung einheimischer Wahlbeobachter, die Unterstützung des Justizministeriums bei der Erarbeitung der Grundlagen für eine Justizreform

mit dem Ziel, eine unabhängige Justiz zu schaffen, sowie die Unterstützung der turkmenischen Regierung bei dem Vorhaben, die Landesgesetze mit internationalen Konventionen, die von Turkmenistan ratifiziert wurden, in Einklang zu bringen. Eines der umstrittensten Projekte war aus turkmenischer Sicht der Vorschlag, eine Serie von Treffen zwischen Regierungsvertretern und echten, an der Basis arbeitenden NGOs zu veranstalten, um den Behörden die positive Rolle verständlicher zu machen, die nichtstaatliche Organisationen bei der Herausbildung einer Zivilgesellschaft spielen können. In einer ersten Version des Projekts waren turkmenische Regierungsvertreter und Mitarbeiter von NGOs zur Teilnahme an einer bereits angelaufenen Reihe von Treffen zwischen Regierung und NGOs in Kirgisistan aufgefordert.

Die Vorlage des ersten Entwurfs eines *Memorandum of Understanding* und der damit einhergehenden Projekte leitete eine Verhandlungsrunde zwischen dem BDIMR und der turkmenischen Regierung ein, die erst im April 2001 abgeschlossen werden konnte. Turkmenistan ist der einzige OSZE-Teilnehmerstaat in Zentralasien, der bislang kein MoU mit dem BDIMR unterzeichnet hat. In dem langen Zeitraum, der seit der Vorlage des ersten Entwurfs vergangen ist, wurde die ursprünglich vorgesehen Zahl der Projekte auf vier reduziert: Schulungen für Grenzbeamte, Entwicklung geschlechtsspezifischer Fragestellungen, Unterstützung beim Aufbau einer Zivilgesellschaft sowie Unterstützung bei der Überprüfung der Gesetzgebung im Bereich des Justizwesens und der Ausbildung von Angehörigen der Justiz- und Polizeibehörden - letzteres auf besonderen Wunsch der turkmenischen Regierung. Die turkmenische Regierung hat sich bisher stets geweigert, die Projekte als Gesamtpaket zu akzeptieren, solange darin das Projekt zur Zivilgesellschaft enthalten ist, das das BDIMR jedoch nicht aufgeben will. Die OSZE sucht derzeit nach Wegen, eine Reihe von Projekten im Bereich der menschlichen Dimension auch ohne ein formales MoU durchzuführen.

Kurz nach der Eröffnung des OSZE-Zentrums in Aschgabad konnte endlich das einwöchige Seminar über internationale Menschenrechtsnormen durchgeführt werden, das Turkmenistan bereits zwei Jahre zuvor zugesagt worden war. Es fand erstmals im Mai 1999 in Aschgabad statt und wurde vom OSZE-Zentrum, vom Büro des UNHCR in Aschgabad und vom turkmenischen *National Institute for Democratization and Human Rights* gemeinsam finanziert. Die Reaktion war dermaßen enthusiastisch, dass die Veranstalter beschlossen, den Einführungskurs zu wiederholen und im Januar und Februar 2001 - diesmal mit zusätzlicher finanzieller Unterstützung durch das britische Außenministerium - Fortsetzungskurse anzubieten.

In den zwei Jahren, die seit der Eröffnung des OSZE-Zentrums vergangen sind, gab es viele Fälle, in denen die turkmenischen Behörden sich schwer taten, Verständnis für die Arbeit des Zentrums im Bereich der menschlichen Dimension aufzubringen, insbesondere für die Einmischung von Mitarbeitern des Zentrums in Einzelfälle, in denen es um Menschenrechte ging. Einige Behördenvertreter, vor allem außerhalb der Hauptstadt, waren offenbar davon

überzeugt, dass es sich bei der OSZE aufgrund ihrer Verbindungen zu nicht-staatlichen Gruppen um eine subversive Organisation handle. Gerade solche Äußerungen zeigen den Bedarf an umfangreicher Bildungsarbeit durch das Zentrum, um den Zweck und die Motive der Organisation, zu deren Teilnehmerstaaten Turkmenistan gehört, zu erläutern.

Die Beurteilung der OSZE aus turkmenischer Sicht

Trotz gelegentlich in den Beziehungen zwischen der OSZE und der turkmenischen Regierung auftretender Missverständnisse ist die Gesamtbeurteilung der Organisation seitens der turkmenischen Führung nach zwei Jahren dauerhafter und aktiver Präsenz der OSZE im Lande positiv. Turkmenistan ist offiziell den Prinzipien der Schlussakte von Helsinki und der später von den Teilnehmerstaaten angenommenen Dokumente verpflichtet. Es ist zur konstruktiven Zusammenarbeit bereit, bittet allerdings um Berücksichtigung der Besonderheiten der Situation, in der es sich befindet. Turkmenistan zeigte sich besonders beeindruckt von dem Bericht des ersten Generalsekretärs der OSZE, Wilhelm Höynck, über die Handlungsmöglichkeiten der OSZE in Zentralasien, in dem er feststellte, dass die Mechanismen der KSZE/OSZE umso schlechter funktionierten, je weiter man sich in der ehemaligen Sowjetunion nach Osten bewege.

Die Zentralasiaten, einschließlich der Turkmenen, behaupten beharrlich, ihre Mentalität sei von derjenigen der Europäer völlig verschieden - in psychologischer, kultureller und historischer ebenso wie in geopolitischer Hinsicht. Gleichzeitig aber bestehen alle zentralasiatischen Teilnehmerstaaten ebenfalls darauf, dass sie sich zum Aufbau einer demokratischen Gesellschaft, in ihrem eigenen Kontext und in ihrem eigenen Zeitrahmen, verpflichtet haben. Turkmenistan ruft zum Kompromiss und zu einem konstruktiven Dialog auf und erwartet von der OSZE, dass sie dem Bedürfnis des Landes nach Betonung der wirtschaftlichen Entwicklung als Voraussetzung für politische Reformen ebenso Rechnung trägt wie dem Bedürfnis nach Konsolidierung des Nationalstaates und eines turkmenischen Nationalbewusstseins, was es beides in der Vergangenheit nicht gegeben hat.